

(nk) Hanstedt. Ein zentrales Thema der Hanstedter Sozialdemokraten auf ihrer jüngsten Vorstandssitzung war die »merkwürdige Art« der Zuschußbewilligung für ein Schießsportzentrum in Schierhorn: »Erst einen Haufen Steuergelder verteilen, dann wird's mit dem Bau, der nach gültigem Flächennutzungsplan gar nicht erlaubt ist, schon irgendwie klappen!«, meint die SPD ironisch. Wenn dieses Verhalten der Mehrheitsfraktion, so die einhellige Meinung des Vorstandes, Schule mache, brauchten betrof-

fene Bürger ihr Recht, Einwendungen gegen Flächennutzungspläne zu erheben, gar nicht mehr wahrzunehmen.

gesprächen', wie der Gemeindedirektor es so taktvoll ausdrückt, und hopplahopp werden sie genehmigungsfähig! Beteiligung des

Dorfgemeinschaft! Empörte Anwohner — bloß nicht so kleinlich sein«, macht die SPD ihrem Ärger Luft. Dazu Vorsitzende Ursula Heinlein: »Wir haben auch bei uns im Grunde mit dem immer gleichen Lied zu tun«. Hier die vollmundigen CDU-Parolen von mehr Bürgernähe, Bürgerbeteiligung, Umweltschutz, der dem Menschen zu dienen habe — dort 'Vorgespräch' (sprich Kungelei) statt Bürgerrecht, und wenn's den Herren in den Kram paßt, wird auch in einem Wohngebiet herumgeballert«.

»Merkwürdige Art« von Zuschußbewilligung:

Hanstedter SPD empört

»Man erledigt Schwierigkeiten mit nicht baureifen Grundstücken — weil man ja die Macht hat — in 'Vor-

zuständigen Ausschusses — wozu denn? Belästigung durch Lärm in einem Wohngebiet — dient alles der

LESER BRIEFE

Statt Bürgerrecht

Vorgespräch (sprich Kungelei)

Thema: Schießsportzentrum Schierhorn und Kindergarten Marxen

Ein zentrales Thema der Hanstedter Sozialdemokraten auf ihrer letzten Vorstandssitzung war die merkwürdige Art der Zuschußbewilligung für ein Schießsportzentrum in Schierhorn: Erst einen Haufen Steuergelder verteilen, dann wird's mit dem Bau, der nach gültigem Flächennutzungsplan gar nicht erlaubt ist, schon irgendwie klappen!

Wenn dies Verhalten der Mehrheitsfraktion, so die einhellige Meinung des Vorstandes, Schule macht, brauchen betroffene Bürger ihr Recht, Einwendungen gegen Flächennutzungsplanänderungen zu erheben, gar nicht mehr wahrzunehmen: Man erledigt Schwierigkeiten mit nicht baureifen Grundstücken — weil man ja die Macht hat — in Vorgesprächen, wie es der Gemeindedirektor so taktvoll ausdrückt, und hopplahopp werden sie genehmigungsfähig! Beteiligung des zuständigen Ausschusses — wozu denn? Belästigung durch Lärm in einem Wohngebiet — dient alles der Dorfgemeinschaft! Empörte

Anwohner — bloß nicht so kleinlich sein!

Wir haben auch bei uns im Grunde mit dem immer gleichen Lied zu tun: Hier die vollmundigen CDU-Parolen von mehr Bürgernähe, Bürgerbeteiligung, Umweltschutz, der dem Menschen zu dienen habe — dort Vorgespräch (sprich Kungelei) statt Bürgerrecht. Und wenn's den Herrn in den Kram paßt, wird auch in einem Wohngebiet herumgeballert.

Sparsamkeit soll dann, wie der Vorstand empört feststellte, woanders stattfinden: Wenn die Gemeinde Hanstedt zum Beispiel versucht, den bewilligten und fest zugesagten Zuschuß für den Kindergarten Marxen um mehrere tausend Mark herunterzudrücken — es handelt sich ja bloß um Kinder!

Der SPD-Ortsvereinsvorstand dankte den sozialdemokratischen Ratsmitgliedern, die sich energisch gegen solche Praktiken zur Wehr setzten; er wird weiterhin sorgfältig auf Fälle von CDU-Machtmißbrauch achten und die Öffentlichkeit davon unterrichten.

Ursula Heinlein, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Samtgemeinde Hanstedt

Der WA behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Anonyme Leserbriefe werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.

WA